



**Bewährtes  
zerstören?**

**NEIN** zur schädlichen  
Service Public-  
Initiative

Komitee Nein zu  
„Pro Service Public“  
Neuengasse 20  
Postfach  
CH-3001 Bern

T +41 (0)31 320 35 35  
F +41 (0)31 320 35 00

## Medienmitteilung aller Parteien

---

### Faktencheck der «Pro Service Public»-Initiative

Einstimmige Ablehnung über alle Parteigrenzen hinweg

**SVP, FDP, CVP, SP, BDP, glp und Grüne lehnen die Volksinitiative «Pro Service Public» ab. Nicht nur im heute erschienenen Heft der Initianten, sondern auch im Initiativ-Text selber sind viel zu viele Unstimmigkeiten enthalten, als dass man der Initiative zustimmen könnte. Der Faktencheck zeigt auf, warum diese Initiative nicht hält, was sie verspricht:**

- **Die Initianten behaupten:** Die Dienstleistungen im Bereich Service Public werden billiger, weil die Gewinne nicht mehr an den Staat abgeliefert werden müssen.  
**Fakt ist:** Der Initiativ-Text verbietet es den Unternehmen nach Gewinn zu streben. Folglich wäre kein Geld vorhanden, welches diese verwenden könnten, um Investitionen zu tätigen, günstige Angebote zu liefern oder den Service zu verbessern. Ausserdem würde die Initiative Bund, Kantone und Gemeinden Mittel im Umfang von 1,3 Mrd. Franken entziehen. Geld, das insbesondere für Service-public-Dienstleistungen in den ländlichen Regionen fehlte.
- **Die Initianten behaupten:** Die Randregionen profitieren von der Initiative.  
**Fakt ist:** Die Initiative verbietet eine Quersubventionierung «anderer Verwaltungsbereiche». Es ist nicht geklärt, ob beispielsweise die SBB Immobilien als «anderer Verwaltungsbereich» das SBB Schienennetz weiterhin mit einem Deckungsbeitrag subventionieren könnte. Zudem muss berücksichtigt werden, dass der allgemeine Bundeshaushalt jährlich grosse Summen beisteuert, um den öffentlichen Regionalverkehr zu finanzieren. Es ist fraglich, ob bei einer Annahme der Initiative diese Querfinanzierung zugunsten des öffentlichen Verkehrs weiterhin möglich wäre.
- **Die Initianten behaupten:** Die Initiative sorgt für günstigere Preise bei Handy-Abos oder Roaming-Gebühren.  
**Fakt ist:** Zur Grundversorgung, welche die Swisscom erbringen muss, gehören nur die Festnetzleitungen, minimale Internetverbindung und die öffentlichen Telefonkabinen. Handy-Abos und Roaming sind nicht Teil der Grundversorgung und daher von der Initiative nicht betroffen. Umgekehrt fehlten der Swisscom wegen der Einschränkung der Gewinne Mittel, um diese Leistungen in eigener Regie zu finanzieren.
- **Die Initianten behaupten:** Die Initiative verankert den Grundsatz «Service vor Gewinn» in der Verfassung.  
**Fakt ist:** Im Initiativ-Text steht nirgends geschrieben, dass der Service verbessert werden muss. Im Unterschied zur heutigen Gesetzgebung verliert der Text kein Wort über den Preis oder die Qualität des Service Public. Der Initiativtext ist so unklar, dass Einzelheiten zu den Leistungen der Grundversorgung erst noch vom Parlament definiert werden müssten.
- **Die Initianten behaupten:** Die Initiative betrifft nur die Löhne der Kaderangestellten.  
**Fakt ist:** Im Initiativ-Text ist nirgends nur von den Löhnen der Kaderangestellten die Rede. Der Text lautet «...die Löhne und Honorare der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Unternehmen nicht über denjenigen der Bundesverwaltung liegen». Es zählt, was im Initiativ-Text steht und nicht, wie die Initianten diesen interpretieren. Daher wären von der Initiative alle Angestellten betroffen. Es droht die Kündigung von Gesamtarbeitsverträgen.

- **Die Initianten behaupten:** Der schleichende Dienstleistungsabbau wird gebremst.  
**Fakt ist:** Dienstleistungen werden nicht abgebaut, sondern an die veränderten Kundenbedürfnisse angepasst. So hat beispielsweise die Post viele Poststellen in Agenturen umgewandelt, die längere Öffnungszeiten haben und ein breiteres Angebot liefern können.

Aus diesen Gründen haben alle National- und Ständeräte die Initiative zur Ablehnung empfohlen. Mit der Initiative wird der Service Public nicht gestärkt, sondern massiv geschwächt. Leidtragende wäre insbesondere die Bevölkerung aus den Rand- und Bergregionen.

Kontakte der Co-Präsidentinnen und Co-Präsidenten:

- Werner Hösli, SVP (SR, GL), [werner.hoesli@parl.ch](mailto:werner.hoesli@parl.ch)
- Jean-François Rime, SVP (NR, FR), 079 230 24 03
- Matthias Aebischer, SP (NR, BE), 079 607 17 30
- Géraldine Savary, SP (SR, VD), 079 414 86 65
- Frédéric Borloz, FDP (NR, VD), 079 204 43 30
- Kurt Fluri, FDP (NR, SO), 079 415 58 88
- Martin Candinas, CVP (NR, GR), 078 841 66 86
- Géraldine Marchand-Balet, CVP (NR, VS), 079 319 02 15
- Daniel Brélaz, Grüne (NR VD), 079 257 18 32
- Regula Rytz, Grüne (NR BE), 079 353 86 38